



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/74

30. März 1951..

Hinweise  
auf den Inhalt:

Das wirtschaftliche Pläne-Spiel in Bonn	S.1
Neue Schwierigkeiten bei den italienischen Sozialisten	S.3
Wohleib ein schlechter Rechner	S.4
Ein kaiserlicher Besuch	S.5

## Paradox

RAP. Als Kinder spielten wir ein Spiel, das die Phantasie anregte; auf die Frage "Was ist paradox?" musste der Mitspieler in einem möglichst originellem Paradox antworten. In der geistlosen Ära des deutschen Neo-Liberalismus bedarf es leider nur wenig Phantasie, um auf die Frage "Was ist paradox?" zu antworten: "Paradox ist, wenn man in der Freien Marktwirtschaft Pläne über Pläne macht, um der Notwendigkeit der Planung zu entgehen".

Wir hatten erst den Erhard-Plan, dann den Schäffer-Plan, und dann den Abs-Plan. Zwischendurch entstanden der Niederbreisiger-Plan, der Strathus-Plan und der Schiller-Plan. Die Vorschläge der SPD und des DGB, dazu auch der DAG, werden als Pläne nicht gewertet, da sie zu planvoll sein könnten. Wie angedeutet, soll es ja Aufgabe der Pläne sein, die Planung zu vermeiden.

Der Plan des Herrn Erhard will endlich ein Unrecht wieder gut-machen und dem kleinen Mann zu einem Sparkapital verhelfen, nachdem man ihm über zu hohe Preise das dazu nötige Geld aus der Tasche gezogen hat. Der Plan des Herrn Schäffer soll demselben kleinen Mann die Mittel zur Abdeckung von Haushaltfehlbeträgen aus der Tasche eskamotieren. Der Plan des Herrn Abs ist immerhin so plan-

voll, dass die selbstfinanzierende Industrie Zeter und Mordio schreit. Die Niederbreisiger waren so unvorsichtig, der Freien Marktwirtschaft das soziale Feigenblättchen wegziehen zu wollen. Die vom Bundeskanzler bestellten Autoren des Strathus-Plans sollten diese Feigenblättchen retten und entwarfen eine Variante des Erhard-Plans.

Damit aus der Plänemacherei der Bestand der Bonner Koalition und die vielgekittete Einheit des Bundeskabinetts gerettet werde, wurden Finanzminister und Wirtschaftsminister angehalten, über Ostern gemeinsam ihre Planeier auszabrüten, denen jedoch nur ein einziges lebensfähiges Küchlein entschlüpfen sollte. Dieses Wunderwesen hat das Licht der Welt nicht erblickt und man sollte dessen froh sein, denn es hätte sich nur um eine Missgeburt handeln können. Die arme Phantasie der Freien Marktwirtschaftler kann sich auch diese Missgeburt nicht vorstellen und darum sieht der "Industriekurier" im Zusammenbrüten der Plan-Eier "gegenüber dem Tchowabohu, das in der Bonner Wirtschaftspolitik noch vor kurzem geherrscht hat, schon einen Fortschritt".

Boch die Hoffnung auf die fortschrittliche Missgeburt ist nicht paradox. Schäffer attackiert die Taschen der Steuerzahler, Erhard die der Verbraucher. Die Haushaltssorgen des Finanzministers vergrößern die Investitionssorgen des Wirtschaftsministers. Der um die Investitionen für die Grundstoffindustrien besorgte Vizekanzler meint, dass der in seiner jetzigen Form nicht durchführbare Abs-Plan in den beschnittenen Erhard-Plan eingebaut werden soll. Und der "Industriekurier" akzeptiert diese Meinung mit der verständnisvollen Bemerkung: "Die Konzentration auf drei Pläne wird einige Zeit in Anspruch nehmen". Die Zeit heilt alle Wunden und zernagt alle Pläne! Frage: "Was ist nicht paradox?" Antwort: "Nicht paradox ist, wenn der "Industriekurier" die bisherige Bonner Wirtschaftspolitik ein Tchuwabohu nennt und auf dessen dreifach geplante Fortsetzung hofft".

+ + +

Einigungs-Parteitag mit Schwierigkeiten  
-----

v. s. Rom, Ende März 1951.

Wie zu erwarten war, ist das Einigungsabkommen zwischen den Vorständen der Sozialistischen Arbeiterpartei (PSLI) und der Einigkeitspartei (PSU) auf starke Widerstände gestoßen. Scharfen Protest weiter PSLI-Kreise hat vor allem die Vereinbarung zwischen Saragat und Romita ausgelöst, die den sofortigen Austritt der sozialistischen Minister aus der Regierung und den Übergang der PSLI zur Opposition verlangt. Der Widerstand dagegen ist besonders in den Provinzialverbänden stark.

Auch Ministerpräsident de Gasperi ist natürlich alles eher denn erbaut über die Aussichten einer Regierungskrise, besonders in Anbetracht der für Mai vorgesehenen Gemeindewahlen. Gerade er hatte mit Saragat während des Winters die neue Wahlordnung für die Gemeindewahlen ausgearbeitet, durch die man die kommunistischen Mehrheiten in verschiedenen italienischen Großstädten zu stürzen hofft. Für seine Partei, die Christlich-Demokraten, bedeutete dieses Gesetz vielfach ein Opfer und es hätte aller seiner Autorität bedurft, um es bei seinen eigenen Freunden durchzusetzen. Den Hauptvorteil sollten aus der Vorlage gerade die Sozialdemokraten ziehen, und nun sind sie es, die durch ihren unerwarteten Beschluß die Situation auf den Kopf stellen. De Gasperi hat daher an Saragat appelliert, die Entscheidung über Einigung und Ministerkrise bis nach den Wahlen, also bis zum späten Frühjahr zu vertagen.

Der Parteivorstand der PSLI hat zwei Tage lang das Problem diskutiert. Die Mehrheit blieb indessen bei dem ursprünglichen Beschluß, und so soll auch die Mehrheit der Provinzialkongresse entschieden haben: also sofortige Durchführung des Einigungsabkommens, einschließlich des Ministerrücktrittes. Aber eine sehr starke Minderheit verlangte und setzte durch, daß das entscheidende Wort vom Parteitag der PSLI selber gesprochen werde, der am 31. März in Rom zusammentritt.

In letzter Stunde ist noch eine Komplikation eingetreten, die auf den Verlauf des Parteitages einen bestimmenden Einfluß ausüben kann: es hat sich herausgestellt, daß in verschiedenen ausländischen sozialistischen Parteien und vielleicht selbst in der Londoner Zentrale der Comisco Kräfte am Werke sind, die sich anscheinend mehr für die

Ausnutzung der kommunistischen Rebellion von Magnani und Cucchi als für die sozialistische Einigung interessieren. Hier macht sich deutlich der rührige Einfluß von Ignazio Silone bemerkbar, der zwar seit seiner Niederlage auf dem Kongress der PSU. in Turin keine offizielle Stellung mehr einnimmt, anscheinend aber mit Erfolg im Auslande die Idee verbreitet hat, daß diese Rebellion ein viel wichtigeres Ereignis sei als die geplante Einigung PSLI-PSU. Diese Aktion wird nun innerhalb der PSLI. und sogar der PSU. mit größtem Unbehagen und Mißtrauen beobachtet, und man fragt sich, ob denn die Comisco, oder jedenfalls einige ihrer repräsentativsten Persönlichkeiten, sich immer wieder in italienische Dinge einschalten muß, und zwar immer in einem für die jeweilige Politik der PSLI. ungünstigen und schädlichen Sinne. Der Parteitag der PSLI. kann noch zu überraschenden Beschlüssen führen, wenn diese Dinge zur Sprache gebracht werden.

+ + +

#### Wohlebs Konstruktion schlecht kalkuliert

d.g. Bei den Erörterungen des Für und Wider in der Frage des Südweststaats wurden bisher politische, wirtschaftliche, kulturelle und verwaltungstechnische Argumente ins Treffen geführt, während die Auswirkungen der jeweiligen Vorschläge auf den Staatssäckel kaum Beachtung fanden. Eine Untersuchung des Institutes für Raumforschung unter diesem Blickwinkel läßt erkennen, daß bei der Schaffung des Südweststaates innerhalb der drei jetzigen Länder im Südwesten der Bundesrepublik keine erheblichen Verschiebungen in den Leistungen des Länderfinanzausgleiches zu erwarten sind. Dagegen würde die Realisierung des Wohlebschen Vorhabens, die alten Länder Baden und Württemberg wiederherzustellen, für die drei Länder ein Manko von netto 13 Millionen DM zeitigen, für das kein Ausgleich vorhanden ist. Der Hauptbenachteiligte in diesem Falle wäre (Alt)Baden, das für den Landesbezirk Nordbaden auf jene Ausgleichsleistungen verzichten müßte, welche dieser Landesteil im Rahmen des Landes Württemberg-Baden gegenwärtig erhält und auch im Rahmen des Südweststaates erhalten würde.

Die Verschiebungen im einzelnen hängen hauptsächlich von den Unterschieden an Steuerkraft und Ausgleichslasten je Kopf der Bevölkerung ab. Während der Landesbezirk Württemberg (von Württemberg-Baden) eine Finanzkraft(-Meßzahl) von 184 aufweist, bringt es Nordbaden (von Württemberg-

Baden) mit 104 knapp über die Hälfte. Im Schnitt ergäbe sich daher für Alt-Württemberg eine Finanzkraft von 167 DM je Einwohner, aber für Alt-Baden von lediglich 107 DM! Die hohen Ausgleichlasten Nordbadens erklären sich vor allem aus den starken Zerstörungen der Städte Mannheim und Pforzheim. Außerdem hat dieser Landesbezirk Flüchtlinge gerade in seinen industriearmen Kreisen untergebracht und schließlich konnte auch für die drei Hochschulen (Heidelberg, Karlsruhe und Mannheim) ein hoher Ausgleichbetrag angesetzt werden.

Die drei Länder des Südwestens zahlen gegenwärtig in den gemeinsamen Bundesausgleichstopf 62.1 Mill. DM. Bei der Schaffung des Südweststaates würde der gleiche Raum nur noch 58 Mill. DM aufzubringen haben. Würde allerdings der altbadische Renaissanceplan verwirklicht, dann hätte Württemberg allein nicht weniger als 79.6 Mill. DM zu zahlen, während Womlebs "Staat" mit 8.5 Mill. DM Forderung unter die Ausgleichsberechtigten gehen würde. Es wären also netto 71.1 Mill. DM an die übrigen Bundesländer zu entrichten, das sind 13 Mill. DM mehr als bei der Südweststaatregelung.

+ + +

#### Ein kaiserlicher Besuch

hi. Im Lager Uelzen hätte man es sicher als einen Aprilscherz angesehen, wenn der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Kaiser, seinen Besuch für den 1. April angekündigt hätte. Er kommt aber am 2., denn der erste ist ein Sonntag.

Nun wird also das Lager Uelzen erleben, was seit dem Amtsantritt der Bundesregierung, in über 1 1/2 Jahren, scheinbar nicht möglich war: daß sich ein zuständiger Bundesminister auch einmal auf der Bühne zeigt, auf der sich nach seiner Regie bisher Deutsche gegen Deutsche in einer oft beschämenden Weise auseinandersetzen hatten. Es ist zweifellos nicht mehr modern, daß sich Oberbefehlshaber an der Kampffront zeigen, aber wären Zivilcourage und Verantwortungsgefühl nicht immer noch Mangelware, dann hätten sich Lukaschek und Kaiser sicher schon einmal an dem Orte gezeigt, an dem sich Bundesgesetze auswirken, die in ihren Ministerien entstanden sind. Lukaschek ist einer Konfrontierung mit dem Geschehen in Uelzen - wo Deutsche entscheiden müssen: ob Deutsche sich in Deutschland dort hinbegeben können, wohin sie von Angst und Not getrieben werden - bisher ebenso aus dem Wege gegangen, wie der Lastenausgleichsbesprechung im Bundeskabinett durch eine Reise in die Schweiz. Nun läuft ihm auch noch sein zunächst an Arbeitslosigkeit leidender Amtskollege Kaiser den Rang des ersten Besuches in Uelzen ab. Spät kommt Minister Kaiser nach Uelzen, aber vielleicht ist es nicht zu spät, wenn als Folge dieses Besuches die unerquicklichen Verhältnisse von Uelzen aus dem Dilemma egoistischer Streitigkeiten westdeutscher Bundesländer herausgehoben würden auf die Ebene einer wirklichen gesamtdeutschen Politik. Vielleicht trägt nun der überraschende Besuch von Bundesminister Kaiser dazu bei, die Kulissen in Uelzen der deutschen Wirklichkeit anzugleichen.

+ + +

Verantwortlich: i. V. Josef Schmidt